

## Holländische Politik.

ap. Die holländische Politik hat in den letzten Wochen und Monaten in hohem Maße die Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterbewegung geweckt; die Frage der sozialistischen Minister stand dort auf der Tagesordnung und beschäftigte einen außerordentlichen Parteitag der S. D. A. P. Bei den Wahlen für die zweite Kammer war die liberale Mehrheit gestürzt worden; die Sozialdemokraten und die Liberalen, die einander gegenseitig unterstützten, verfügten zusammen über die Mehrheit des Parlaments. Nach parlamentarischem Brauch hat die Parlamentsmehrheit die Regierung zu bestimmen; aber die Liberalen allein hatten nur 37 Sitze, die S. D. A. P. 18 (von denen übrigens in den Nachwahlen wieder 2 verloren gingen, einer an die Liberalen). Sollten die Liberalen allein eine Regierung bilden, so könnte ihnen dasselbe passieren wie nach den ähnlich verlaufenden Wahlen von 1905: sobald bei irgend einer Frage die Sozialdemokraten die Regierung im Stich ließen, mußte sie fallen. Auf diesem schwankenden Boden wollten die Liberalen sich nicht begeben; sie forderten die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung. Was auf dem Pariser Kongreß 1900 von den Gegnern des Ministerialismus ausgeführt wurde: daß sozialistische Minister nichts anderes als Geißeln seien, die das Proletariat als Bürgschaft für sein gutes Verhalten dem Klassenfeind auslieferte — das trat hier so klar hervor, daß Freund und Feind in allen Blättern die Sache offen von diesem Gesichtspunkt behandelte. In den schmeichelndsten Worten drängten die großkapitalistischen Organe bei der Arbeiterpartei darauf, sie solle doch mithelfen, ihr eigenes Reformprogramm zu verwirklichen — von einer Furcht vor Schädigung kapitalistischer Interessen war bei ihnen nichts zu bemerken. Eine Parteikonferenz lehnte die Teilnahme an dem Ministerium ab, erklärte aber ihre Bereitschaft, eine liberale Regierung loyal zu unterstützen und sogar für den Kriegsetat zu stimmen. Als dies der liberalen Parteikoalition nicht genügte und mit dem liberalen Parteiministerium auch die Aussicht auf die erwarteten Reformen zu verschwinden drohte, wurde die Frage noch einmal einem Parteitag vorgelegt. Aber auch er entschied mit kleiner Mehrheit gegen den Ministerialismus.

Man hat bei den Diskussionen wiederholt auf die Pariser Resolution von 1900 hingewiesen und sich sogar an Kautsky mit der Frage gewandt, ob nach seiner Meinung der darin erwähnte Ausnahmefall in Holland vorliege. Es ist aber klar, daß solche Resolutionen keine bindenden Gesetze sein können; nicht auf eine juristische Untersuchung, was die Paragraphen jener Resolution fordern oder verbieten, kommt es für die Arbeiter an, sondern auf eine Prüfung der Lage nach den allgemeinen sozialistischen Prinzipien. Und dann muß betont werden, daß es sich in den Beratungen des holländischen Parteitages gar nicht um eine grundsätzliche Frage sozialdemokratischer Taktik handelte, sondern nur um eine Zweckmäßigkeitsfrage reformistischer Politik. Die beiden Methoden, zwischen denen die Wahl stand, waren nicht sozialdemokratische Klassenpolitik einerseits, ministerialistische Blockpolitik andererseits. Sondern die Wahl stand einfach zwischen Ministerialismus und Blockpolitik, zwischen einem offenen und einem versteckten Aufgeben der sozialdemokratischen Klassenpolitik.

Zweifellos war die gemeinsame Besetzung der Regierung die Konsequenz des gemeinsamen Kampfes gegen die Kritiken. Aber es ist nur allzu begreiflich, daß es der Mehrheit der holländischen S. D. A. P. vor einem Versuch mit dem Ministerialismus graute. Wo bisher Sozialisten als Minister auftraten, kam für das Proletariat nichts heraus als Verwirrung, Zank und Mißtrauen; und wenn das Uebel nicht noch schlimmer war, so deshalb, weil die Leute auf eigene Faust handelten und die Partei also nur halbwegs kompromittiert wurde. Hier würde es sich um eine ganz neue Form des Ministerialismus handeln, die bisher in der Internationale noch nicht vorgekommen war: um sozialistische Minister als Beauftragte der Partei. Für die schlimmen Folgen könnten da nicht mehr einzelne Personen, sondern würde die Partei als solche verantwortlich sein. Man konnte sich nicht an dem Gedanken an die großen Vorteile berauschen, die sie dem Proletariat bringen würden; denn sie sollten nur eine Minderheit gegen ihre liberalen Kollegen sein, und dienten nur als Sicherung für das Zuangriffnehmen eines bestimmten Programms: allgemeines Wahlrecht (mit beschränktem Frauenwahlrecht) und Staatspension (mit eigener Beitragszahlung). Dagegen wären sie und wäre die ganze Partei damit verantwortlich für alle Taten einer kapitalistischen Regierung geworden. Die Partei wäre dann überhaupt keine sozialdemokratische mehr, denn das Wesen der Sozialdemokratie liegt nicht in einem abstrakten Bekenntnis zum Zukunftsstaat, sondern in dem praktischen Klassenkampf von

heute, den sie gegen die ganze Bourgeoisie führt. Wird sie offene Regierungspartei, so gibt sie den Klassenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und deren wichtigste Machtposition, die Staatsgewalt, auf und wird zu einer radikalen Reformpartei, ähnlich wie die australische Arbeiterpartei. Könnte sie als solche auch noch einige Zeit leben, so würde neben ihr doch bald eine neue Klassenpartei mächtig emporkommen.

Aber der andere Ausweg, der gewählt worden ist, bedeutet nicht weniger ein Aufgeben des Klassenkampfes. Er unterscheidet sich von dem anderen Weg nur durch eine äußere, allerdings auffehenerregende Erscheinungsform. Die Partei erklärt sich bereit, eine liberale Regierung, die das aufgestellte Reformprogramm durchführen will, zu unterstützen, und aus den Erklärungen der maßgebenden Instanzen, sowie aus der Logik der Tatsachen ergibt sich, daß diese Unterstützung bis zu der Bewilligung der Stats gehen wird. Aber damit wird es nicht aufhören; jedesmal, wenn aus irgend einem Anlaß die Vertrauensfrage gestellt wird, wird die sozialdemokratische Fraktion vor der Wahl stehen, entweder die Regierung durch Dick und Dünn zu unterstützen oder die erhofften Reformen flöten gehen zu lassen. Damit kommt die Partei in dieselbe Lage wie die englische Arbeiterpartei, die auch immer wieder die liberale Regierung „retten“ muß. Von einer ständigen Bekämpfung der Regierung kann überhaupt keine Rede sein; da aber diese liberale Regierung die Vertreterin der Kapitalistenklasse bleibt und ihre allgemeinen Interessen, auch in Arbeitskonflikten, wahren muß, bedeutet die versprochene Unterstützung ein zeitweiliges Einstellen des Klassenkampfes. Nun läßt sich in Wirklichkeit der Klassenkampf nicht einstellen, er tobt weiter und bricht in kleineren und größeren Konflikten aus. Statt diesen Kampf durch ihr Vorangehen zu einem bewußten zu gestalten, wie es ihre Aufgabe ist, muß die Partei ihn dann vertuschen und damit das Klassenbewußtsein der Arbeiter aufhalten. Auch diese Taktik muß einen Unwillen im Proletariat erzeugen; weil aber der Schein einer unabhängigen sozialistischen Partei bewahrt bleibt, kann sie sich besser aufrecht erhalten.

Dabei ist es nun noch fraglich, ob diese Taktik sogar zu den erhofften Reformen führt. Das allgemeine Wahlrecht hängt nicht noch bloß von einigen Formalitäten ab, und der bedeutende Widerstand, der sich in der Ersten Kammer, dem Geldsackparlament mit klerikaler Majorität verkörpert, läßt sich mit parlamentarisch-wahltechnischen Mitteln allein nicht beseitigen. Es wäre nicht ganz undenkbar, daß die holländische Bourgeoisie, der daran liegen muß, die Arbeiter auf diesem Wege des Vertrauens zu hal-

ten, ihnen Zugeständnisse machen würde, aber fraglich bleibt es immerhin, ob sie so viel weitblickende politische Vernunft besitzen wird: auch die englische Bourgeoisie, die in dieser Kunst Meister war, gab immer nur nach, wenn sie mußte. Viele liberale Kaufleute und Intelligenzler, die jetzt fortschrittlich oder gar rot stimmten, um sich von den drohenden Zöllen und von der klerikalen Herrschaft über die Ämter zu befreien, werden bei der nächsten Wahl, die über die Erste Kammer entscheidet, schwarz stimmen. Denn dann ist einerseits die Arbeiterschaft mit einer schönen Reformfreundlichkeit genasführt, und zugleich steht ein starker Wall da, der die Reformen verhindert, während alle Schuld auf die bösen Klerikalen fällt.

Daß die S. D. A. P. in Holland sich in dieser Lage befind, in der sie nur die Wahl zwischen zwei Formen reformistischer Politik hatte, ist nur als Resultat der ganzen bisherigen Entwicklung zu verstehen. In Holland beherrscht die sogenannte „Antithese“, der ideologische Gegensatz zweier bürgerlicher Parteigruppen, der Liberalen und Klerikalen, die Politik; ursprünglich sind diese aus einem Klassengegensatz zwischen Großbourgeoisie einerseits, Kleinbürgertum und Bauern andererseits hervorgegangen, aber jetzt umfaßt jede Gruppe Kapitalisten, Kleinbürger, Bauern und Arbeiter. Der Zweck dieser Politik ist, den Klassengegensatz zu vertuschen und die Arbeiter durch ideologische Gegensätze zu spalten und in getrennten Haufen hinter die Bourgeoisparteien zu scharren. Eine grundsätzliche sozialistische Politik hätte sich dem entgegengestellt, überall nur den Klassengegensatz hervorgehoben und durch gleiche Bekämpfung beider bürgerlicher Koalitionen das Proletariat zum klaren Klassenbewußtsein gebracht. Weil aber die Politik der S. D. A. P. vor allem Reformen nachstrebte, und weil (kraft ihres Ursprunges) die klerikale Partei mehr einen rohen gewalttätigen Charakter hervorkehrt, die liberale ein reformfreundliches Gesicht zeigt, lag es für die S. D. A. P. nahe, die Liberalen zu bevorzugen. Dadurch ist ihre Politik immer mehr — vor allem, seitdem die marxistischen Kritiker hinausgeworfen waren — antiklerikal geworden, sie hat die Antithese gestärkt, die christlichen Arbeiter fester an die klerikale Partei geschmiedet, und den Syndikalismus groß gezogen; so ist der Klassenkampf in den Hintergrund geraten und die Einheit des Proletariats gehemmt. Indem die S. D. A. P. auf diesem Wege immer zu weiteren Konsequenzen genötigt wurde, ist sie vor die Frage gestellt worden, über die sie jetzt, wenn auch nicht am konsequentesten, so doch sicher am vernünftigsten entschieden hat. —